

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 5

Artikel: Zu einer Bundesratswahl
Autor: Oprecht, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333478>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

18. JAHRGANG -- JANUAR 1939 -- HEFT 5

Zu einer Bundesratswahl

Von Dr. Hans Oprecht.

Dem 15. Dezember 1938 dürfte in der zukünftigen Geschichtsschreibung des schweizerischen Parlamentarismus größere Bedeutung zugemessen werden, als es der Gegenwart scheint. Die Rolle, die die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz dabei spielte, wird dann zumal ihre gebührende Kennzeichnung erfahren. Es ist mehr als Ueberheblichkeit und Anmaßung, die im selben Ausmaße anderswo schwerlich anzutreffen sein dürfte, daß die Freisinnige Partei angeblich »auf die Wandlung der Reife (der SPS.) für einen demokratischen Staat und damit zur Regierungsfähigkeit« abgestellt hat, um die schmäbliche Haltung ihrer Fraktion in der Bundesversammlung zu begründen. Der Verrat an Treu und Glauben und der Bruch gegebener Versprechen, wie er dabei freisinnigerseits offenbar geworden ist, hätte die Freisinnigen, allein schon aus bloßem Schamgefühl, zum Stillschweigen zwingen sollen. Die partei-egoistische Einstellung der Freisinnig-Demokratischen Partei bei der Bundesratsersatzwahl vom 15. Dezember 1938 erweist mit einer brutalen, ins Gesicht schlagenden Eindringlichkeit, wie ernsthaft diese in der Bundespolitik führende Partei es mit der »Verständigung« meint und wie sie die »überparteiliche Zusammenarbeit« versteht. Sie benützt sie parteipolitisch, solange es ihr dient. Sie setzt sich darüber hinweg, sobald es ihr parteipolitisch paßt. Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz hat die ihr übertragene Aufgabe, die Interessen der besitzenden Klasse in der Eidgenossenschaft zu vertreten, noch nie derart deutlich vor dem Volk entblößt, wie bei dieser Bundesratsersatzwahl vom 15. Dezember 1938.

Schwere außenpolitische Ereignisse haben im März und September des vergangenen Jahres Schweizerland und Schweizervolk im Innersten aufgewühlt und erschüttert. Eine erfreuliche Regeneration trat in allen Klassen, in allen Parteien und allen Schichten des Landes und des Volkes in Erscheinung. Treu und Glauben, politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung über alle Gräben hinweg, die unser Land durchziehen, schienen die Grundlagen der schweizerischen Staatspolitik bei dieser Erneuerung zu werden. Interessenpolitik sollte zurücktreten hinter eine das ganze Volk umfassende Staatspolitik. Der

21. März 1938 als der Beginn des Erwachens der Eidgenossen wird in das Buch der Geschichte eingehen. Der 27. November 1938 bot das sprechendste Barometer der herrschenden politischen Stimmung im Volk. Diese fand ihren Ausdruck auch bei der Bundesratsersatzwahl am vergangenen 15. Dezember. Das Volk wollte, daß ein Sozialdemokrat als Bundesrat gewählt werde. Wenn das Volk darüber hätte abstimmen können, so wäre sein Entscheid ohne Zweifel zugunsten des Sozialdemokraten ausgefallen. Aber das Volk hatte zur Bundesratsersatzwahl vom 15. Dezember nichts zu sagen. Die Fraktion der Freisinnig-Demokratischen Partei hat den aus dem Volk kommenden sogenannten »außerparlamentarischen Einflüssen« gegenüber sich ganz ablehnend verhalten; es wurde auf die Stimme des Volkes nicht gehört. Die Herren der Freisinnig-Demokratischen Partei haben bei der Bundesratswahl gegen den Willen des Volkes entschieden. Die 200 Familien regieren auch in der Schweiz. Darum hat die Mehrheit der Bundesversammlung mit 117 Stimmen Dr. Wetter zum Bundesrat gewählt, während Stadtpräsident Dr. Klöti deren 98 erhielt. Es ging bei dieser Wahl nicht nur um Personen. Es ging dabei vor allem um den zukünftigen Kurs der eidgenössischen Politik.

Sofort nach dem Rücktritt von Bundesrat Dr. Meyer hat die sozialdemokratische Fraktion ihren grundsätzlichen Anspruch auf den freiwerdenden Sitz geltend gemacht und einstimmig Dr. Klöti, Stadtpräsident von Zürich, zu ihrem Kandidaten gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion machte dabei keinen Belohnungsanspruch für gutes Wohlverhalten geltend. Sie lehnte es ab, durch einen Gnadenakt eine Vertretung im Bundesrat zu erhalten. Der sozialdemokratischen Fraktion ging es um den Grundsatz der politischen Gleichberechtigung, um die politische Gerechtigkeit. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte damit zugleich die Bereitschaft zur Teilnahme an der Verantwortung für die eidgenössische Politik. Die Bundesratsersatzwahl wurde durch diese Haltung der Fraktion zum Symbol der innerpolitischen, überparteilichen Verständigung. Die außenpolitische Abwehr sollte dabei durch den Eintritt eines Sozialdemokraten in den Bundesrat um so stärker fundiert werden. Der geschichtliche Moment der Berufung der Sozialdemokratischen Partei als größter Landespartei zur Mitwirkung in der Landesregierung war am 15. Dezember eingetreten. Es stellte sich die Frage, ob die im Bund herrschenden Parteien der Aufgabe gewachsen waren, die ihnen die Geschichte stellte. Die Freisinnig-Demokratische Partei hat bei der Lösung dieser Aufgabe versagt. Sie besitzt zwar im Volk längst nicht mehr die Mehrheit; sie erreichte bei den letzten Nationalratswahlen 215 000 Stimmen, nimmt dafür im Bundesrat 4 Sitze in Anspruch, während die Sozialdemokraten über 250 000 Wähler vereinigten und trotzdem bisher keine Vertretung im Bundesrat erhielten. Die Argumente der freisinnig-demokratischen Fraktion und ihrer Anhänger für die Aufrechterhaltung der freisinnig-demokratischen Mehrheit im Bundesrat wurden in den eigenen Reihen als ungerechtfertigt zurückgewiesen. Eine Grundwelle aus dem Volk drohte vor der Bundesratsersatzwahl die Freisinnig-Demokratische

Partei und ihre Fraktion zu überschwemmen. Das Manöver des »definitiven Rücktritts« des freisinnigen Bundesratskandidaten erst hat vermocht, diese Grundwelle wieder abzustoppen. Der freisinnige Kandidat wurde dann »trotzdem« gewählt.

Die Rolle der Katholischkonservativen Partei war bei der Bundesratsersatzwahl, wie bisher immer, zweideutig. Es besteht kein Zweifel, daß die katholischkonservative Fraktion in ihrer großen Mehrheit gegen den Eintritt des Sozialdemokraten in den Bundesrat gestimmt hat. Es dürften nur wenige Stimmen katholischerseits für Stadtpräsident Dr. Klöti abgegeben worden sein. Die Bauernfraktion war in ihrer Stellungnahme geteilt. Jene Bauern, die mit der Finanzwelt irgendwie verknüpft sind, dürften für Wetter, diejenigen, die noch selber Grund und Boden bearbeiten, für Klöti gestimmt haben. Der eigentliche Wahlmacher von Bundesrat Dr. Wetter war Nationalrat Dr. Abt. Er ist Mitglied des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins in Zürich. Seine Beziehungen zur Schweizerischen Kreditanstalt sind bekannt. Dem Verwaltungsrat der Schweizerischen Kreditanstalt gehört Ständerat Dr. Gottfried Keller an, der andere Aargauer und Wahlmacher. Auch Altbundesrat Dr. Schultheß, Mitglied des Verwaltungsrates der Elektrobank, einer Tochterunternehmung der Schweizerischen Kreditanstalt, hat seine Hände im Spiele gehabt. Die maßgebende Rolle der Zürcher City bei der Bundesratsersatzwahl vom 15. Dezember kann damit nicht bestritten werden. Es sind für die Großbanken und für die Finanzkapitäne ohne Zweifel außenpolitische Erwägungen, im besondern die Beziehungen zu unserm nördlichen Nachbarn, weitgehend maßgebend für ihre Stellungnahme zugunsten von Dr. Wetter. Die Großraumpolitik des Dritten Reiches imponiert ohne Zweifel gewissen Zürcher Bankherren.

Das außenpolitische Argument das nach ihrer Meinung zugunsten der Wahl Dr. Wetters sprach, durfte allerdings dem Volk gegenüber nicht genannt werden. Es ist dafür ein viel gefährlicheres vorgetragen worden: der Graben, der zwischen Deutsch und Welsch durch die Wahl Klötis aufgerissen würde. Es ist in diesem Zusammenhang müßig, auf die wenig freundeidgenössische Haltung gewisser westschweizerischer Kreise im Laufe der letzten Zeit erneut hinzuweisen. Hinter dem westschweizerischen Föderalismus steckt der reaktionäre Eigennutz reicher und vornehmer Waadtländer und Genfer, die feudal, wie in der guten alten Zeit, über Volk und Land regieren möchten. Das Problem eines gesunden und lebendigen Föderalismus muß bestimmt in der eidgenössischen Politik einer Lösung entgegengeführt werden. Es kann aber nie die Lösung finden, wie sie gewisse Westschweizer nach den Intentionen der »Gazette de Lausanne« anstreben. Der Bund kann nur bestehen, wenn er sich auf lebensfähige und starke Kantone stützt. Aber der Bund selber muß zugleich auch stark sein. Wir halten es außenpolitisch für äußerst gefährlich, wenn immer wieder von einem Graben zwischen Deutsch und Welsch gesprochen wird. Es gibt Leute jenseits der Grenze, die nur darauf warten, um solche Spannungen, die zum großen Teil künstlich erzeugt werden, propagandistisch auszunützen.

Die Einigung aller Klassen und Parteien in der Zeit der Gefahr, in der wir heute leben, böte die beste Garantie jeder außenpolitischen Unabhängigkeit. Die vergangene Bundesratsersatzwahl wäre die Gelegenheit zu solcher volksverbundenen Einigung gewesen. Die Freisinnig-Demokratische Partei und mit ihr die Mehrheit in der Bundesversammlung hat eine historische Stunde verpaßt. Der Freisinn wird es büßen müssen, denn nichts geschieht in Politik und Geschichte umsonst. Es scheint, daß auch das schweizerische Bürgertum nicht erkennt, wo der Feind steht. Das wichtige Buch des Senatspräsidenten Dr. Rauschnig, eines ehemaligen Mitgliedes der NSDAP. in Danzig, die »Revolution des Nihilismus« sollte dem schweizerischen Bürgertum die Augen öffnen.

Es scheint mir immer gefährlich, geschichtliche Parallelen zu ziehen. Es wird in letzter Zeit häufig auf das Jahr 1798 hingewiesen. Wenn in der Tat die Lage heute ähnlich derjenigen wie vor dem Jahre des Untergangs der alten Eidgenossenschaft ist, so scheint mir der Abwehrwille im Schweizervolk heute geistig derart stark zu sein, daß ohne Zweifel erklärt werden darf: Es darf und wird kein zweites 1798 geben! Die schweizerische Arbeiterschaft wird die Eidgenossenschaft gegen alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen werden, zusammen mit allen Werktätigen im Schweizervolk, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen. Die schweizerische Arbeiterschaft ist stark. Sie glaubt an die schweizerische Demokratie, sie weiß, was ihr die Demokratie wert ist. Die Politik der schweizerischen Arbeiterschaft wird darum auch in Zukunft in derselben Richtung der Verständigung, über Parteien und Klassen hinweg, sich bewegen. Denn die schweizerische Arbeiterschaft weiß sich dabei getragen vom Willen des gesamten Volkes. Der 27. November war der Ausdruck der Volksverbundenheit der Politik der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Er ist die beste Rechtfertigung dieser Volkspolitik. Daraus ergibt sich auch die Forderung für die nächste Zeit: Volkswahl des Bundesrates!

Es geht dabei um ein altes Postulat. Es ist 1900 erstmals in einer Volksabstimmung unterlegen. Das Postulat ist heute zur Realisierung reif geworden. Die Volkswahl des Bundesrates wird dem Volk Gelegenheit geben, im Bund für neue Männer und für eine neue Politik zu sorgen.

Zum 15. Dezember 1938

Von Ernst Reinhard.

Die Partei hat am 15. Dezember 1938 *im Parlament* eine Schlappe erlitten; der Umfang des Ereignisses wird durch die Tatsache umrissen, daß ihr Kandidat in der Volksvertretung, dem Nationalrat, gewählt wurde und daß erst der Ständerat den Sieg in ein verlornes Gefecht verwandelte. Die Partei hat aber *im Volke* einen Sieg errungen, dessen Umfang durch die andere Tatsache bestimmt wird, daß nicht nur die bernische Bauernpartei sich fast geschlossen für die Berücksichtigung